

## Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 147, 2017

### 1. Artikel/Grafik: Strombranche verlangt Steuersenkungen (26.01.2017)

„Wir brauchen eine grundlegende Reform der Energiesteuern, - abgaben und -umlagen“, forderte [Eon-Chef] Teyssen am Mittwoch in Berlin vor den versammelten Energiemanagern, Beratern - und eben auch Politikern: „Über die Jahre hinweg sind neu aufgetretene Probleme gerne beim Energiekunden abgeladen worden.“ Die Verbraucher bezahlten für den Anschluss von Offshore-Windparks ans Stromnetz oder finanzierten über die Stromsteuer sogar die Renten mit, erläuterte der Eon-Chef: „Wer versteht noch, für was er alles zahlen soll? Und warum?“ Den Kunden sei eine gesellschaftliche Aufgabe nach der anderen aufgebürdet worden. „Hier ist endlich ein klarer Schnitt nötig.“ Für Teyssen gibt es beim Strompreis in Deutschland „einen besonders frappierenden Fehlanreiz“: Wird besonders viel Ökostrom produziert, sollte der Strompreis eigentlich sinken. Tatsächlich verdrängt der nach wie vor üppig vergütete grüne Strom, der vorrangig ins Netz eingespeist werden darf, aber Strom, der im Großhandel gehandelt wird. An der Börse sinken auch die Preise. Die niedrigen Börsenpreise werden aber durch höhere EEG-Umlagen, die die Betreiber der Erneuerbaren-Energien-Anlagen einstreichen, wieder ausgeglichen. Trotz eines höheren Angebots profitieren die Verbraucher also nicht.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Angebot/Nachfrage/Preisbildung**“, „**Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft**“ und „**Energie und Makroökonomie**“

1. *Erklären Sie die generelle Funktion von Steuern. Legen Sie die Unterschiede zu anderen staatlichen Abgaben dar.*
2. *Erschließen Sie sich die Zusammensetzung des deutschen Strompreises. Ermitteln Sie das Verhältnis von betrieblichen und staatlichen Kostenfaktoren.*
3. *Geben Sie vor diesem Hintergrund die wesentlichen Forderungen des Eon-Vorstandsvorsitzenden Teyssen an die politischen Entscheidungsträger wieder.*
4. *Überprüfen Sie, inwieweit deren Umsetzung zeitnah realistisch erscheint. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*

## **2. Artikel: Klimaschutz: Industrie sorgt sich um Kosten (26.01.2017)**

### **3. Artikel: B. Hendricks: Kooperation beim Klimaschutz (26.01.2017)**

„Der neue US-Präsident Donald Trump hatte im Wahlkampf den Klimawandel als Erfindung der Chinesen bezeichnet. Zwar ist noch nicht klar, welche Ziele Trump verfolgen wird beim Klimaschutz. Ambitioniert dürften sie aber kaum sein. Umso wichtiger werde nun Deutschlands und Europas Rolle, betonte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) bei der 24. Handelsblatt-Jahrestagung Energiewirtschaft. „Falls die Vereinigten Staaten unter der neuen Administration auf internationaler Ebene beim Klimaschutz keine Vorreiterrolle mehr einnehmen wollen - und das steht ja durchaus zu befürchten - sollte Europa zusammen mit China und anderen Industrie- und Schwellenländern weiter nach vorn gehen“, forderte sie.“ Währenddessen plädieren Industrievertreter für einen sanften und langfristigen Umstieg auf erneuerbare Energien, der insbesondere die Kosten im Blick behalten solle.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energemix der Zukunft“**

- 1. Erläutern Sie, wie sich die Wahl des neuen US-Präsidenten auf die globalen Klimaschutzverhandlungen und -abkommen auswirken könnte.*
- 2. Benennen Sie die von der Bundesregierung festgelegten Klimaschutzziele.*
- 3. Geben Sie die Einschätzungen der Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hinsichtlich der Notwendigkeit und Bedeutung einer verstärkten europäischen Klimaschutzpolitik wieder.*
- 4. Erschließen Sie sich die aus ihrer Sicht wesentlichen Herausforderungen und Aufgaben.*
- 5. Arbeiten Sie die Interessen der Öl- und Großindustrievertreter in diesem Kontext heraus.*

## **4. Artikel/Grafik: USA: Kampf gegen Windmühlen (27.01.2017)**

„Eon-Chef Johannes Teysen macht sich [...] keine Illusionen über die Haltung des neuen US-Präsidenten zur Klimapolitik. „Präsident Trump hat sich im Wahlkampf deutlich vom Klimaschutz distanziert: Für ihn ist das offenbar nicht viel mehr als ein verkappter Angriff der Chinesen auf amerikanische Jobs“, hielt Teysen in dieser Woche auf der Handelsblatt-Energietagung fest. [...] Noch sei unklar, was das für die konkrete Regierungspolitik bedeute - allzu viele Sorgen macht sich Teysen aber auch nicht. „Die Energiewende ist kein politisches Projekt mehr, das durch eine Regierung

veranlasst und gesteuert und durch Trump verzögert werden könnte. Und das ist, finde ich, eine ermutigende Entwicklung“, ergänzte er in Berlin.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“, „**Perspektiven der Weltenergieversorgung**“, „**Energiemix der Zukunft**“ und „**Umweltschutz**“

1. *Ermitteln Sie die klimaschutzpolitische Positionierung des neuen US-Präsidenten Donald Trump. Überprüfen Sie, inwieweit sich diese von derjenigen seines Vorgängers unterscheidet.*
2. *Erschließen Sie sich Form und Umfang des Engagements der großen deutschen Energieversorger im Bereich der Windkraft in den USA.*
3. *Setzen Sie sich mit den aus dem Regierungswechsel ggf. resultierenden Herausforderungen und Risiken für die Unternehmen auseinander.*
4. *Arbeiten Sie heraus, inwieweit aus Sicht der Unternehmensführungen eine Kehrtwende hinsichtlich des Ausbaus der erneuerbaren Energien in den USA bevorsteht.*
5. *Nehmen Sie in diesem Zusammenhang begründet Stellung zu folgender Aussage: „Die Energiewende ist kein politisches Projekt mehr, das durch eine Regierung veranlasst und gesteuert und durch Trump verzögert werden könnte.“*

## **5. Artikel/Grafiken: Ölpreis setzt EZB unter Druck (01.02.2017)**

„Lange hat EZB-Chef Mario Draghi auf steigende Preise gewartet. Fast in seiner gesamten Amtszeit von über fünf Jahren hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihr selbst gesetztes Inflationsziel von etwa zwei Prozent verfehlt - und zwar nach unten. Nun jedoch sind die Preise im Euro-Raum im Januar um 1,8 Prozent gestiegen - so stark wie seit Februar 2013 nicht mehr. Das macht das Leben für Draghi allerdings nicht leichter. Denn der stärkere Preisanstieg gibt den Kritikern der lockeren Geldpolitik neue Nahrung. Bislang galt immer das Verfehlen des Inflationsziels und die Furcht vor einer lähmenden Deflation als Rechtfertigung für die ultralockere Geldpolitik der EZB. Doch dieses Ziel ist nun auf einmal erreicht. Viele Ökonomen glauben zwar, dass dies nur ein kurzfristiger Effekt ist. Aber dennoch nimmt der Druck auf die Notenbank zu, ihre milliardenschweren Anleihekäufe zu beenden. [...] Entscheidend für die Frage, wann die Anleihekäufe heruntergefahren werden, ist letztlich, wie nachhaltig der derzeitige Preisanstieg wirklich ist. Bislang führten Draghi, aber auch viele andere Ökonomen, die anziehende Inflation vor allem auf den gestiegenen Ölpreis zurück.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Angebot/Nachfrage/Preisbildung“ und „Energie und Makroökonomie“

1. *Geben Sie die zentralen Zielsetzungen der Europäischen Zentralbank (EZB) wieder.*
2. *Erschließen Sie sich sowohl die Entwicklung des Ölpreises an den globalen Märkten sowie die Entwicklung der Inflationsrate in Europa in der jüngsten Vergangenheit.*
3. *Arbeiten Sie die zutage tretenden Interdependenzen und Wechselwirkungen heraus.*
4. *Überprüfen Sie, inwieweit sich aufgrund der Ölpreisentwicklung der Handlungsdruck auf die EZB erhöht.*

## 6. Artikel/Grafik: Trump setzt der Opec zu (07.02.2017)

### 7. Interview: Eugen Weinberg: „Amerika wird die Opec entmachten“ (07.02.2017)

„Seit Januar fördert die Opec über sechs Monate lang 1,2 Millionen Barrel Öl (à 159 Liter) pro Tag weniger. Die Opec-Nicht-Mitglieder - neben Russland unter anderem Mexiko, Oman und Sudan - werden ihrerseits auf 600 000 Fass verzichten. Unabhängige Schätzungen von Reuters und Bloomberg belegen: Damit hält sich das Ölkartell lediglich zu etwa 80 Prozent an die Abmachung. Mit der Amtsübernahme von Donald Trump im Weißen Haus drohen der Opec und Russland jetzt neue Probleme, denn der US-Präsident gilt als Freund der amerikanischen Schieferölunternehmen. Einem noch von Barack Obama aus Gründen des Umweltschutzes gestoppten Pipeline-Projekt hat er mit einem Dekret gleich zum Auftakt seiner vierjährigen Amtszeit grünes Licht gegeben. Experten erwarten nun eine Verschiebung der bisherigen Balance auf dem globalen Ölmarkt.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „Angebot/Nachfrage/Preisbildung“, „Energiepolitik“ und „Perspektiven der Weltenergieversorgung“

1. *Ermitteln Sie Stellung, Zusammensetzung und Zielsetzung der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) im internationalen Ölmarkt.*
2. *Geben Sie die aktuell gültigen Beschlüsse der Opec sowie die hiermit verfolgten Intentionen wieder. Überprüfen Sie, inwieweit diese die erhofften „Früchte tragen“.*
3. *Arbeiten Sie heraus, welchen Einfluss die Wahl des neuen US-Präsidenten auf den globalen Ölmarkt hat bzw. haben könnte.*

4. *Erläutern Sie in diesem Zusammenhang die zentralen Einschätzungen des Experten Eugen Weinberg.*
5. *Setzen Sie sich mit den Auswirkungen für die Volkswirtschaften der erdölexportierenden Staaten im Falle des Eintretens eines Extremszenarios auseinander.*

## **8. Artikel/Grafik: Ölkonzerne: Trügerische Zuversicht (08.02.2017)**

„Gerade Öl- und Gaskonzerne, die in den USA aktiv sind, strotzen neuerdings vor Zuversicht. Der Grund heißt Donald Trump. Der 45. Präsident der USA setzt auf billige, fossile Energie als Jobmotor. Per Dekret hob Trump etwa das Nein seines Vorgängers Barack Obama zum Bau der umstrittenen Ölpipelines Dakota Access und Keystone auf. Umweltauflagen sollen gelockert, Infrastrukturprojekte schneller genehmigt und Investitionen erleichtert werden.“ Experten warnen jedoch vor zu großer Euphorie, da das Ende des fossilen Zeitalters unwiderruflich eingeläutet sei.

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“**

1. *Fassen Sie die Entwicklungen in der Ölindustrie in den letzten Jahren zusammen. Arbeiten Sie wesentliche Entscheidungen und Einflussfaktoren heraus, die die Branche unter Druck gesetzt haben.*
2. *Geben Sie die aktuellen Einschätzungen und Prognosen der Branchenvertreter wieder. Erläutern Sie, welche Faktoren ihrer Ansicht nach zu positiven Entwicklungen führen sollten.*
3. *Stellen Sie diesen die Bewertungen von Energie- und Umweltexperten gegenüber. Überprüfen Sie dabei, inwieweit es sich in ihrer Betrachtung nur um eine „trügerische“ Zuversicht handelt.*

## **9. Artikel: Eon investiert in Elektromobilität (08.02.2017)**

„Ende November schlossen BMW, Daimler, Ford und Volkswagen eine überraschende Allianz für die Elektromobilität: Gemeinsam wollen die Konkurrenten den Aufbau eines Schnellladenetzes in Europa voranbringen. Jetzt kündigte der Energiekonzern Eon an, sich dabei im großen Stil einzubringen. Eon gab seinerseits am Dienstag auf der Energiemesse E-World in Essen eine strategische Partnerschaft mit dem dänischen Mobilitätsdienstleister Clever bekannt - und diese soll in die Initiative der Autokonzerne eingebracht werden. Eon und Clever wollen nach eigenen Angaben „die Errichtung von mehreren Hundert ultraschnellen Ladepunkten in

Europa“ auf den Weg bringen. Die Ladestationen sollen dabei in Abständen von 120 bis 180 Kilometern entlang der Autobahnen platziert werden - unter anderem in Deutschland, Skandinavien und Italien. Die erste Säule soll im dritten Quartal in Kopenhagen installiert werden.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energiemix der Zukunft“**

1. *Ermitteln Sie die politischen Ziele hinsichtlich der Stärkung der Elektromobilität in Deutschland. Überprüfen Sie, inwieweit diese erreichbar scheinen.*
2. *Erschließen Sie sich vor diesem Hintergrund Form und Zielsetzungen der aktuellen Unternehmenskooperationen.*
3. *Erläutern Sie die Bedeutung und Notwendigkeit des Ausbaus des Netzes von Ladestationen.*
4. *Erklären Sie in diesem Zusammenhang, was generell unter dem Begriff der Infrastruktur verstanden wird.*

## **10. Artikel/Grafik: Warum Kohle und Gas zurückkehrten (09.02.2017)**

„Die Energiewende machte am 17. Januar weitgehend Pause. Im Süden Deutschlands und in der Mitte bedeckten dichte Wolken den Himmel, und es war neblig, die Sonne kam kaum bis zu den Solardächern. Vor allem aber war es in weiten Teilen Deutschlands äußerst windstill. „Gas- und Kohlekraftwerke haben die Versorgung gesichert“, hält RWE-Manager Hartung fest. Und das war in diesem Winter, speziell im Januar, an vielen Tagen der Fall. Vom 17. bis zum 25. Januar blieb der Beitrag von Wind- und Solarenergie fast konstant niedrig. [...] Die Branche debattiert über Erfolg und Misserfolg der Energiewende, vor allem aber über die aktuelle und künftige Rolle der konventionellen Kraftwerke. Deren Anteil am Strommarkt sinkt zwar kontinuierlich. Im vergangenen Jahr deckten die erneuerbaren Energien, die per Gesetz vorrangig ins Netz eingespeist werden, schon fast ein Drittel des Strombedarfs. Kohle- und Gaskraftwerke werden zunehmend aus dem Markt gedrängt. Es gibt aber eben auch Tage - wie im Januar - , an denen Wind- und Solarenergie witterungsbedingt zu einem großen Teil ausfallen - und dann müssen die konventionellen Kraftwerke bereitstehen.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energiemix der Zukunft“**

1. *Fassen Sie die im Artikel beschriebenen Entwicklungen im Januar 2017 zusammen. Legen Sie dar, inwieweit die Energiewende „eine Pause eingelegt hat“.*
2. *Erläutern Sie vor diesem Hintergrund die derzeitige Bedeutung von Kohle- und Gaskraftwerken in der deutschen Energieversorgung. Überprüfen Sie, inwieweit auf diese verzichtet werden könnte.*
3. *Analysieren Sie vor diesem Hintergrund die aktuelle Diskussion um die Zukunft fossiler Energieträger hierzulande. Setzen Sie sich dabei auch mit dem Konflikt zwischen betriebs- und gesamtwirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Kalkulationen auseinander.*
4. *Erklären Sie in diesem Zusammenhang die Funktionsweise von Kapazitätsmärkten. Stellen Sie die Argumente für und gegen deren Einführung einander gegenüber.*

## Strombranche verlang Steuersenkungen

*Mehr als die Hälfte des Strompreises entfällt auf Steuern, Abgaben und Umlagen. Das ist viel zu viel, warnt Eon-Chef Johannes Teysen. Er forderte auf der Handelsblatt-Energietagung eine Reform - und war damit nicht allein.*

Seit fast drei Jahrzehnten arbeitet Johannes Teysen schon für den Eon-Konzern oder dessen Vorläufer. Der Vorstandschef ist in der alten Energiewelt groß geworden, als die Monopolisten noch reine „Versorger“ waren und die Preise diktieren konnten. Seit dem vergangenen Jahr hat Teysen aber endgültig mit der alten Welt gebrochen. Nach der Abspaltung der Kohle- und Gaskraftwerke in das neue Unternehmen Uniper hat er sich mit Eon der neuen, grünen und dezentralen Energiewelt verschrieben - und dem Kunden: „Unser Handeln im Markt folgt allein den Wünschen unserer Kunden“, verspricht Teysen vollmundig.

Bei der Handelsblatt-Energietagung trat der 57-Jährige aber tatsächlich schon als Anwalt seiner Kunden auf - und zwar da, wo es für die am wichtigsten ist: beim Geld. „Wir brauchen eine grundlegende Reform der Energiesteuern, - abgaben und -umlagen“, forderte Teysen am Mittwoch in Berlin vor den versammelten Energiemanagern, Beratern - und eben auch Politikern: „Über die Jahre hinweg sind neu aufgetretene Probleme gerne beim Energiekunden abgeladen worden.“ Die Verbraucher bezahlten für den Anschluss von Offshore-Windparks ans Stromnetz oder finanzierten über die Stromsteuer sogar die Renten mit, erläuterte der Eon-Chef: „Wer versteht noch, für was er alles zahlen soll? Und warum?“ Den Kunden sei eine gesellschaftliche Aufgabe nach der anderen aufgebürdet worden. „Hier ist endlich ein klarer Schnitt nötig.“

Tatsächlich ist die Abgabenlast enorm. Nach Angaben des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) lag im vergangenen Jahr der Anteil der Steuern, Abgaben und Umlagen am Strompreis, den Privathaushalte bezahlen, bei 54 Prozent. Im Schnitt kostete eine Kilowattstunde 28,73 Cent. Davon entfiel allein auf die EEG-Umlage, mit der die Verbraucher den Ausbau der erneuerbaren Energien finanzieren, mehr als ein Fünftel. Hinzu kamen neben Mehrwert- und Stromsteuer aber noch ein Aufschlag für die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung, die Konzessionsabgabe, welche Netzbetreiber an die Kommunen bezahlen müssen, oder eben die Offshore-Haftungszulage. Dabei wird der Anteil, den die Energieunternehmen für den Einkauf des Stroms in Rechnung stellen, immer kleiner. 2016 lag er mit 6,15 Cent niedriger als die EEG-Umlage.

Für Teysen gibt es beim Strompreis in Deutschland „einen besonders frappierenden Fehlanreiz“: Wird besonders viel Ökostrom produziert, sollte der Strompreis eigentlich sinken. Tatsächlich verdrängt der nach wie vor üppig vergütete grüne Strom, der vorrangig ins Netz eingespeist werden darf, aber Strom, der im Großhandel gehandelt wird. An der Börse sinken auch die Preise. Die niedrigen Börsenpreise werden aber durch höhere EEG-Umlagen, die die Betreiber der Erneuerbaren-Energien-Anlagen einstreichen, wieder ausgeglichen. Trotz eines höheren Angebots profitieren die Verbraucher also nicht.

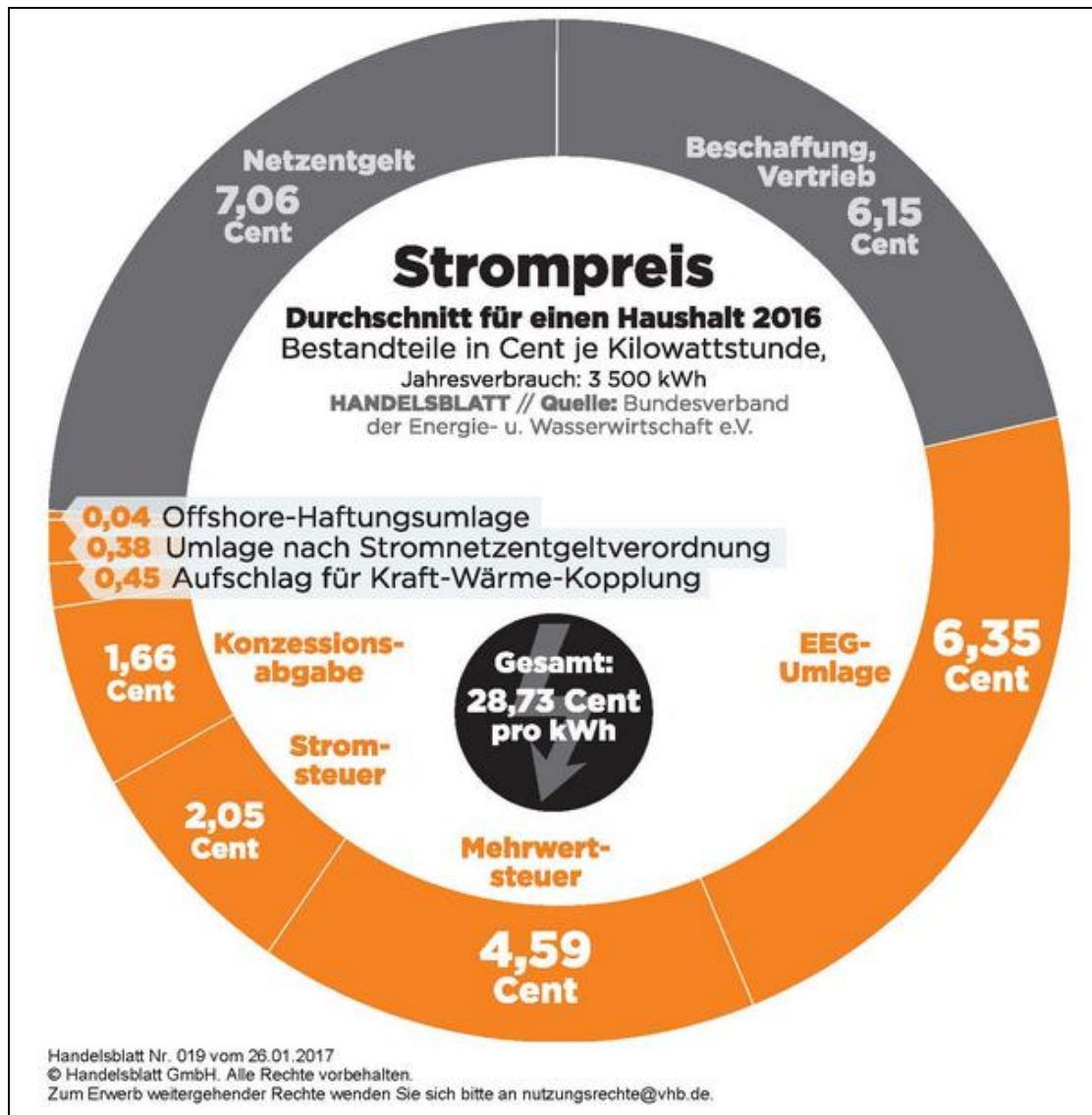


- 50 Und weil der Preis so hoch bleibt, wird Strom auch für den Wärme- und Verkehrssektor nicht attraktiver, obwohl er immer grüner wird. „Wir laufen in die paradoxe Situation, dass die EEG-Umlage, die bislang den dynamischen Ausbau der erneuerbaren Energien ermöglicht hat, jetzt dem weiteren Ausbau entgegensteht, weil sie neue Märkte für Ökostrom verschließt“, warnt Teysen.
- 55 Ähnlich hatte sich am Vortag schon Innogy-Chef Peter Terium geäußert. Er sieht Strom durch die hohe Abgabenlast „im Wärmemarkt gegenüber anderen Energieträgern erheblich benachteiligt“. Bei Erdgas und Erdöl betrage die Belastung durch Steuern und Abgaben mit 27 Prozent „gerade mal die Hälfte“. Und auch der Direktor des Berliner Think-Tanks Agora Energiewende, Patrick Graichen, sieht  
60 „einen Rucksack, den wir mitschleppen“: „Wir müssen das Thema Abgaben und Umlagen komplett neu angehen“, forderte auch Graichen bei der Tagung: „Von den jährlichen Gesamtkosten im Stromsektor von 90 Milliarden Euro sind ein Großteil Abgaben und Umlagen, die auf den Strompreis drücken.“
- 65 Deutschland hat nach Dänemark die zweithöchsten Strompreise für Endverbraucher in Europa. Um den Stromsektor zu entlasten, fordert Graichen, fossile Energieträger stärker zu belasten. „Wir müssen Heizöl, Diesel und Benzin stärker heranziehen“, sagte Graichen. Der Grund: „Strom und Wärme sind von den Abgaben her sehr ungleich belastet. Ein solches Ungleichgewicht ist auf Dauer nicht tragbar.“ Er schlägt  
70 vor, die Steuerüberschüsse von etwa 16 Milliarden Euro, die auf den Konten des Finanzministers schlummern, an die Bürger zurückzugeben, indem man die Stromsteuer kürzt. „Die Stromsteuer muss auf das Mindestniveau hinuntergesetzt werden, sie hat sich überlebt.“ Eon-Chef Teysen schlägt vor, die EEG-Umlage und andere Umlagen „vom Strompreis zu lösen und wie andere Staatsaufgaben über  
75 allgemeine Steuern zu finanzieren“. Schließlich gehe es zum Beispiel beim Ausbau der erneuerbaren Energien „um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe“. Es gebe auch andere Möglichkeiten. „Entscheidend ist aber zunächst die Bereitschaft, ernsthaft eine Reform der staatlichen Energiebelastungen anzugehen“, betonte Teysen.
- 80 Insgesamt ist der Markt nach Teysens Worten mit Regulierungen und Vorschriften überladen. In der neuen Energiewelt mit Strom aus erneuerbare Energien, intelligenten Netzen und innovativen Kundenlösungen stehe der Kunde im Mittelpunkt. Er könne Strom selbst herstellen und im intelligenten Netz und mit digitalen Dienstleistungen selbst managen oder managen lassen. Die Zeit der „paternalistischen Energie- und  
85 Klimapolitik“ sei deshalb vorbei. „Der aufgeklärte Kunde braucht klare und intelligente Leitplanken, nicht immer neue Vorschriften“, sagte der Eon-Chef.
- Wie am Tag zuvor Konkurrent Terium von Innogy sieht Teysen die Nachfrage nach Strom durch andere Sektoren wachsen: „Heute stehen wir vor einer neuen  
90 Elektrifizierungswelle, die Wärme und Mobilität erfasst.“ Strom sei lange Zeit kritisch beäugt worden, in manchen Kreisen sei Heizen mit Strom „geradezu verteufelt“ worden, weil Strom „gewissermaßen als der verlängerte Arm von Kohle und Atom“ galt. Jetzt sei aber klar, dass vor allem bei Strom der Umstieg auf erneuerbare Energien möglich sei. „Denn Strom ist oft die effizienteste Möglichkeit, erneuerbare  
95 Energie zu nutzen“, sagte Teysen.

Die Elektrifizierung von Wärme und Mobilität bringt nach seinen Worten aber auch mehrere Herausforderungen mit sich. Zum einen müsse die Energieeffizienz steigen, ansonsten könne Strom den zusätzlichen Bedarf in Elektroautos oder Heizungen gar nicht decken. Zum anderen müssten die erneuerbaren Energien sich „mittelfristig aus der Subventionsabhängigkeit“ befreien, um die Kosten der Energiewende im Griff zu behalten. Das sei auch möglich, weil die Kosten von Wind- und Solaranlagen sinken. Seit 2008 seien weltweit die Kosten für Windanlagen, die an Land gebaut werden, um 30 Prozent gesunken. Bei Photovoltaik seien es sogar 80 Prozent.

So energisch der Eon-Chef eine Reform der Rahmenbedingungen fordert - er macht sich aber auch keine Illusionen, dass sich insbesondere an der hohen Steuer- und Abgabenlast rasch etwas ändert. „Vor der Bundestagswahl wird nichts mehr passieren“, räumte Teyssen ein, „aber jetzt ist die Zeit, die Themen aufzurufen: Jetzt werden die Parteiprogramme geschrieben.“

*Quelle: Flauger, J./Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 019, 26.01.2017, 16*



## Industrie sorgt sich um Kosten

William M. Colton ist natürlich nicht der größte Kämpfer für den weltweiten Klimaschutz. Colton ist Vice President für strategische Planung beim Ölmulti Exxon-Mobil. Und Colton kommt aus den USA, wo der neue Präsident Donald Trump den Klimaschutz zurückdrängen will.

Tatsächlich ist der Exxon-Manager überzeugt: „Öl wird auch 2040 noch der wichtigste Energieträger sein“, betonte er auf der Handelsblatt-Energietagung. In seinen Augen steht das aber gar nicht im Widerspruch zu den Zielen, die im neuen Weltklimaabkommen getroffen wurden. Im Energiemix werde trotzdem der Anteil des klimaschädlichen Kohlendioxids sinken. So werde die Bedeutung von Kohle um ein Fünftel abnehmen und die von Gas steigen - und das sei ja in der Stromerzeugung klimafreundlicher.

„Wir müssen den Klimawandel bremsen“, sagte Colton, „aber wir müssen das zu einem Minimum an Kosten machen.“ Klimapolitik müsse so ökonomisch wie möglich sein. Der Exxon-Manager rät zu Realismus. Das gilt insbesondere für den Sektor, in dem sein Konzern am meisten verdient: dem Verkehr. Er glaubt nicht an einen raschen Siegeszug von Elektroautos - wohl aber von Hybridfahrzeugen, die sowohl mit Strom als auch mit Benzin fahren: „Für mich sind Hybridfahrzeuge ein guter Kompromiss.“

Die Verbindung von Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit treibt auch die deutsche Industrie um. „Wir brauchen Planungssicherheit für unsere Investitionen“, forderte Roland Mohr, Chef des Verbands der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK), der die energieintensiven Unternehmen vertritt.

Und die Planungshorizonte seien eben sehr lange, sagte Klaus Schäfer, Vorstand für Produktion und Technik beim Chemiekonzern Covestro. Wenn sein Unternehmen ein neues Werk baue, müsste es eigentlich für die Wirtschaftlichkeitsrechnung den Strompreis über 25 Jahre vorkalkulieren. „In Deutschland ist es aber besonders schwierig, den Strompreis vorauszusagen.“

Er fordert insbesondere, auf internationale Chancengleichheit zu achten: „Wir müssen verhindern, dass Industrie aus Kostengründen abwandert“, sagte Schäfer: „Wenn Produktion ins Ausland verlagert wird, ist dem Klima null geholfen.“

Europa sei beim Klimaschutz sehr aggressiv, sagte Exxon-Mobil-Manager Colton und warnte: „Sie müssen die Wettbewerbsfähigkeit im Auge behalten.“ Jürgen Flauger

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 019, 26.01.2017, 17

## Kooperation beim Klimaschutz

*Die Bundesumweltministerin wirbt für eine stärkere Zusammenarbeit beim Klimaschutz und verspricht Planungssicherheit für Unternehmen.*

5

Um den Klimaschutz steht es derzeit nicht gut, auch weil er einen mächtigen Feind hat: Der neue US-Präsident Donald Trump hatte im Wahlkampf den Klimawandel als Erfindung der Chinesen bezeichnet. Zwar ist noch nicht klar, welche Ziele Trump verfolgen wird beim Klimaschutz. Ambitioniert dürften sie aber kaum sein.

10

Umso wichtiger werde nun Deutschlands und Europas Rolle, betonte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) bei der 24. Handelsblatt-Jahrestagung Energiewirtschaft. „Falls die Vereinigten Staaten unter der neuen Administration auf internationaler Ebene beim Klimaschutz keine Vorreiterrolle mehr einnehmen wollen - und das steht ja durchaus zu befürchten - sollte Europa zusammen mit China und anderen Industrie- und Schwellenländern weiter nach vorn gehen“, forderte sie.

15

Sie sei „sehr zuversichtlich“, dass das europäische Emissionshandelssystem mit dem chinesischen verbunden werden könne - und zwar zeitnah. „Vielleicht in fünf Jahren, vielleicht in zehn Jahren, vielleicht auch schneller als in fünf Jahren“, sagte Hendricks. Rein technisch sei das möglich. Und wenn Europa mit China ein gemeinsames System auf den Weg bringe, könnten sich die USA dem dann auch nicht mehr entziehen. „Vielleicht nach Trump“, sagte Hendricks schmunzelnd.

20

25

Deutschland habe sich verpflichtet, bis zum Jahr 2050 ein möglichst treibhausgasneutrales Land zu werden, betonte die Umweltministerin. Um dieses Ziel zu erreichen, will sie nicht nur die Energiewirtschaft und die Industrie, sondern mehr Sektoren in die Pflicht nehmen: „Gerade Landwirtschaft und Verkehr sind gefordert, deutlich mehr zu tun als in der Vergangenheit“, mahnte sie. Künftig müssten erneuerbare Energien auch im Bereich der Mobilität und der Wärme- und Kälteversorgung die wichtigste Primärquelle werden. Wichtig sei dabei die Planbarkeit. Damit bei dem Umbau der Wirtschaft keine Strukturbrüche entstehen, müssten die Unternehmen ausreichend Zeit haben, rechtzeitig die Weichen zu stellen.

30

35

Vor allem Kohlekraftwerke waren in den vergangenen Jahren immer stärker in die Kritik geraten. Zwar stoßen sie viel mehr schädliches Kohlendioxid aus als Gaskraftwerke, sind aber billiger in der Stromproduktion. Der scheidende Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte mit der Idee einer Kohleabgabe 2015 große Proteste ausgelöst. Am Dienstag hatte er auf der Energietagung aber vor festen Ausstiegszielen gewarnt und auf die vielen Arbeitsplätze hingewiesen, die noch an der Kohleverstromung hängen. Auch Gabriels Parteifreundin Hendricks hält im Fall der Kohle nichts davon, einen festen Ausstiegstermin zu bestimmen. Sie kritisierte die Grünen für ihren Vorstoß, sich bis 2025 vollkommen vom schmutzigen Energieträger zu verabschieden. Bis 2025 auszusteigen sei „einfach illusorisch“. Sie erinnerte an die heftigen Folgen, die der Ausstieg hätte. Das könne niemand wollen. Ein Wettlauf um Ausstiegsdaten sei sowieso nur symbolische Politik.

40

45

50 In Zukunft sieht Hendricks hingegen einen stärkeren Ausbau der erneuerbaren  
Energien. Der im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geregelte Zubau sei auf die  
aktuelle Situation am Strommarkt und beim Netzausbau zugeschnitten. Langfristig  
werde ein deutlich höheres Ausbautempo nötig sein.

55 Die Klimaschutzpolitik der Bundesregierung hatte in der Vergangenheit nicht nur  
positive Reaktionen in der Bevölkerung und der Wirtschaft ausgelöst. Tausende  
Menschen sind bereits gegen den Ausbau von Hochspannungsleitungen auf die Straße  
gegangen. Auch die steigenden Stromkosten sorgen für Unmut. Hendricks sieht  
dennoch mehrheitlich Zuspruch in Deutschland. Klimaschutz sei nach wie vor  
60 populär. Selbstverständlich gebe es vor Ort immer wieder Konflikte, und sie nähmen  
zu. „Wir sehen aber auch, dass sich diese Konflikte lösen lassen, wenn die Beteiligten  
frühzeitig in die Verfahren eingebunden werden.“

Auch bei der anschließenden Diskussionsrunde herrschte Einigkeit darüber, dass der  
Klimaschutz wichtig ist. „Wir freuen uns, dass wir in Paris ganz vorne mit dabei  
65 waren“, sagte Ludwig Möhring, Geschäftsführer bei Wingas, mit Blick auf die  
Klimakonferenz in der französischen Hauptstadt. Und Martin Herrmann,  
Vertriebsvorstand bei der RWE-Abspaltung Innogy, hat beobachtet: „Wir nehmen  
wahr, dass Treibhausgasmindering ein ganz wesentliches Ziel ist, das unsere Kunden  
bewegt.“

70 Wie man das ehrgeizige Klimaschutzziel erreichen kann, dazu gibt es freilich  
unterschiedliche Meinungen. „Ich glaube, wir müssen davon abkommen, zu denken,  
wir könnten in Deutschland Photovoltaikstrom zu konkurrenzfähigen Preisen  
produzieren“, sagte Armin Schnettler, Leiter des Forschungsbereichs Energie und  
75 Elektronik bei Siemens Corporate Technology. Dazu reiche die Sonnenenergie nicht  
aus. „Wir werden auch an der Dekarbonisierung der Nutzung von Erdgas arbeiten  
müssen“, ergänzte Stephan Kamphues, Sprecher der Geschäftsführung von Open Grid  
Europe.

80 Für Zündstoff sorgte auch die Frage, ob für klimafreundlicheres Verhalten mehr  
Anreize nötig seien. Innogy-Vetriebsvorstand Herrmann sieht neue Subventionen  
kritisch. Er setze auf den technologischen Fortschritt, der die Produkte wirtschaftlicher  
machen werde. Die Preise bei E-Mobilität sinken etwa. „Wir haben viele  
Subventionssysteme gesehen, die nicht durchgetragen haben“, warnte er.

85 Anderer Meinung war Dieter Steinkamp, Vorstandsvorsitzender von Rhein Energie.  
Am Ende gehe es nicht ohne Subventionen oder regulatorische Vorgaben. „Die Ziele  
sind so ambitioniert, dass wir rein über marktwirtschaftliche Lösungen nicht dahin  
kommen“, sagte er.

90 *Quelle: Heide, D., Handelsblatt, Nr. 019, 26.01.2017, 18*

## USA: Kampf gegen Windmühlen

Was Donald Trump von Ökostrom hält, ist über die vergangenen Jahre gut dokumentiert. So wütete er etwa bereits 2012 auf Twitter gegen Windräder. Diese  
5 seien ein „ökologisches und ästhetisches Desaster“, erklärte er damals. Und dieser Haltung bleibt er auch als US-Präsident treu. Bei einem Besuch der amerikanischen Tageszeitung „New York Times“ kurz nach seiner Wahl sagte Trump beispielsweise:  
„Windmühlen töten Vögel, und Windmühlen benötigen massive Subventionen.“  
10 Zudem würden sie aus enormen Mengen Stahl bestehen und nicht in den USA, sondern in Deutschland, Japan oder China hergestellt. „Das stört mich, und sie töten all die Vögel“, erklärte Trump.

Eon-Chef Johannes Teysen macht sich angesichts solcher Aussagen keine Illusionen über die Haltung des neuen US-Präsidenten zur Klimapolitik. „Präsident Trump hat  
15 sich im Wahlkampf deutlich vom Klimaschutz distanziert: Für ihn ist das offenbar nicht viel mehr als ein verkappter Angriff der Chinesen auf amerikanische Jobs“, hielt Teysen in dieser Woche auf der Handelsblatt-Energietagung fest. Trump sei ja noch keine Stunde im Amt gewesen, als schon eine neue Website des Weißen Hauses online ging. Klimapolitik und auch andere Themen seien darauf nicht mehr zu finden  
20 gewesen. Noch sei unklar, was das für die konkrete Regierungspolitik bedeute - allzu viele Sorgen macht sich Teysen aber auch nicht. „Die Energiewende ist kein politisches Projekt mehr, das durch eine Regierung veranlasst und gesteuert und durch Trump verzögert werden könnte. Und das ist, finde ich, eine ermutigende  
25 Entwicklung“, ergänzte er in Berlin.

Eon ist in den USA aktiv - und zwar in dem Bereich, den der neue US-Präsident öffentlich geächtet hat: in der Windenergie. Der Konzern betreibt im Mittleren Westen schon rund 20 Windparks mit einer Leistung von drei Gigawatt. Das entspricht der  
30 Leistung von drei großen Kernkraftwerken. Erst im Dezember, also nach Trumps Wahl, hatte Eon eine Investitionsentscheidung für ein weiteres Großprojekt in den USA getroffen. In Texas will der Energiekonzern den Onshore-Windpark Bruening's Breeze bauen. Dort sind 76 Turbinen mit einer Leistung von insgesamt 228 Megawatt geplant. Bruening's Breeze soll schon Ende des Jahres in Betrieb gehen. Im Oktober  
35 hatte der Energiekonzern bereits den Bau des Windparks Radford's Run in Illinois begonnen mit einer geplanten Leistung von 278 Megawatt. Noch in diesem Jahr soll er fertiggestellt werden.

Auch Konkurrent Innogy will sich in den USA im Bereich Windenergie engagieren. Ende 2016 hat das Unternehmen für einen mittleren zweistelligen Millionenbetrag  
40 Turbinenequipment erworben und sich damit die dortige Onshore-Förderung „im vollen Umfang“ gesichert - sowie ein Büro in Chicago eröffnet. Auch Innogy-Chef Terium plant nicht, sich wegen Trump von seinen Plänen abbringen zu lassen. „Wir engagieren uns nicht in der Windenergie, weil irgendein Präsident Wind gut oder schlecht findet, sondern weil Wind eine wettbewerbsfähige Technologie ist - und nicht  
45 den Wettbewerb mit Kohle und Gas scheuen muss“, sagte Terium am Rande der Energietagung. Überhaupt seien Trumps Möglichkeiten beschränkt: Der Senat und das Repräsentantenhaus hatten Ende 2015 die bis zu 30-prozentigen teuervergünstigungen für Solar- und Windenergieanlagen in den USA bis 2020 verlängert. Diese Steuer-

50 vergünstigungen könne Trump nur mit Hilfe des Senats wieder kippen, meint Terium.  
„Und damit würde er sich bei einigen Republikanern unbeliebt machen“, urteilt er.  
Denn Windenergie wird vor allem in den südlichen Staaten ausgebaut, die von  
Republikanern dominiert werden. Dennoch: Dem neuen US-Präsidenten sind natürlich  
nicht völlig die Hände gebunden. Schließlich hatte er im Wahlkampf eine  
55 umfangreiche Steuerreform angekündigt, die durchaus negative Auswirkungen für die  
Grünstrombranche haben könnte.

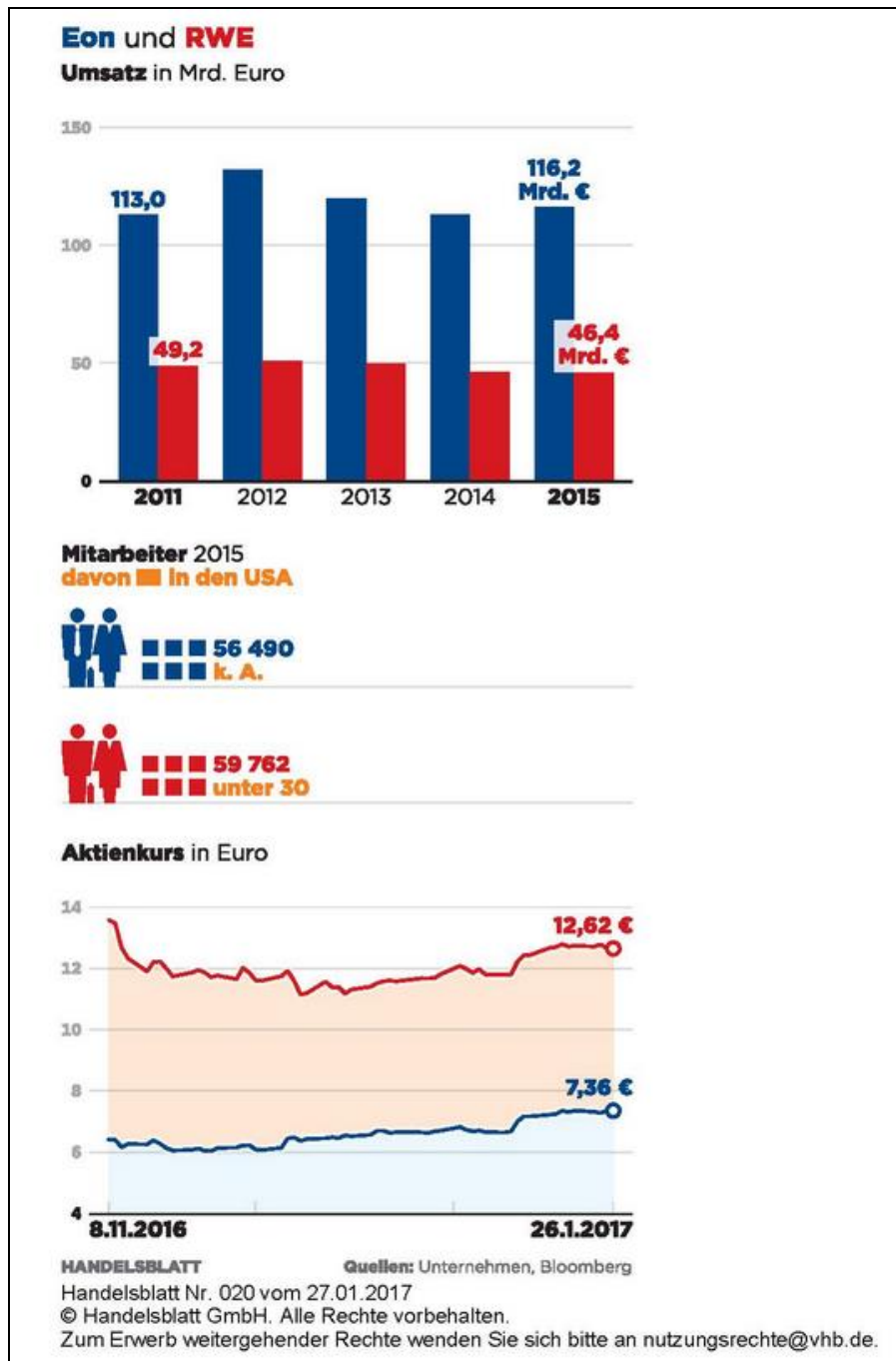
So will der neue US-Präsident den Unternehmensteuersatz von derzeit 35 Prozent auf  
15 Prozent absenken. „Sollte Trump diese Steuerreform tatsächlich umsetzen können,  
wäre das US-Förderprogramm erheblich geschwächt“, erklärt Arash Roshan Zamir,  
60 Analyst bei Warburg Research. Um die Steuerreform gegenzufinanzieren, könnten  
alle Steuererleichterungen entfallen - und damit auch die Vergünstigungen für  
Solaranlagen und Windräder.

Es ist ein Horrorszenario für die Branche der erneuerbaren Energien, zumal die USA  
65 laut den Aussagen der Unternehmensberater von EY derzeit das attraktivste Land der  
Welt für Investitionen in Ökostrom seien. In China werden zwar vergleichsweise  
jährlich noch mehr Solar- und Windparks errichtet, aber der chinesische Markt ist für  
westliche Firmen weitgehend abgeschottet. In den USA profitieren dagegen auch  
deutsche Unternehmen vom Boom regenerativer Energien.

70 „Die neue Administration in den USA verunsichert internationale Unternehmen, die in  
den Staaten aktiv sind“, sagte Lars Bondo Krogsgaard dem Handelsblatt. Der Chef  
des Hamburger Windturbinenherstellers Nordex hofft, dass die steuerlichen Anreize  
für den Bau von Windparks auch unter Trump fortbestehen. Er mutmaßt aber, dass  
75 Nordex künftig womöglich nur noch dann in den USA gute Geschäfte machen kann,  
wenn der Konzern in Amerika für Jobs und lokale Wertschöpfung sorgt. „Hierauf  
können wir mit unserem US-Werk und lokalen Lieferanten reagieren“, gibt er sich  
hoffnungsvoll. Jürgen Flauger, Franz Hubik

80 *Quelle: Flauger, J./Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 020, 27.01.2017, 54*





## Ölpreis setzt EZB unter Druck

5 *Im Euro-Raum ziehen die Preise an. So schnell, dass das Stabilitätsziel der EZB beinahe erreicht ist. Notenbankchef Mario Draghi gerät unter Zugzwang, aus der ultralockeren Geldpolitik auszusteigen.*

Lange hat EZB-Chef Mario Draghi auf steigende Preise gewartet. Fast in seiner gesamten Amtszeit von über fünf Jahren hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihr selbst gesetztes Inflationsziel von etwa zwei Prozent verfehlt - und zwar nach unten.  
10 Nun jedoch sind die Preise im Euro-Raum im Januar um 1,8 Prozent gestiegen - so stark wie seit Februar 2013 nicht mehr.

Das macht das Leben für Draghi allerdings nicht leichter. Denn der stärkere Preisanstieg gibt den Kritikern der lockeren Geldpolitik neue Nahrung. Bislang galt  
15 immer das Verfehlen des Inflationsziels und die Furcht vor einer lähmenden Deflation als Rechtfertigung für die ultralockere Geldpolitik der EZB. Doch dieses Ziel ist nun auf einmal erreicht. Viele Ökonomen glauben zwar, dass dies nur ein kurzfristiger Effekt ist. Aber dennoch nimmt der Druck auf die Notenbank zu, ihre milliardenschweren Anleihekäufe zu beenden. „Eigentlich müsste die EZB nun  
20 schnell mit der Diskussion über das Ende der niedrigen Zinsen und Kaufprogramme beginnen“, fordert der Chefvolkswirt der DZ Bank, Stefan Bielmeier.

Gerade in Deutschland ist die Geldentwertung ein heißes Thema. Dabei spielen nicht nur das historische Trauma der Hyperinflation in der Weimarer Republik eine Rolle,  
25 sondern auch handfeste Interessen: Die Deutschen sind ein Volk der Sparer. Wenn die Inflation steigt, spüren das viele Menschen daran, dass ihre Ersparnisse an Wert verlieren. Daher wundert es nicht, dass die beiden deutschen Mitglieder des EZB-Rats Bundesbank-Chef Jens Weidmann und EZB-Direktorin Sabine Lautenschläger zu den größten Kritikern der milliardenschweren Anleihekäufe der Notenbank zählen. Im  
30 Dezember hatte der Rat beschlossen, die Käufe bis Ende 2017 zu verlängern. Das monatliche Kaufvolumen soll aber ab April von 80 auf 60 Milliarden Euro sinken. Auf der kritischen Sitzung hatten mehrere Mitglieder des 25-köpfigen Rats ihre Bedenken gegen das Programm deutlich gemacht - allen voran Bundesbank-Chef Weidmann.

35 In der vergangenen Woche gab es Spannungen zwischen der Bundesbank und der EZB. So hatte Mario Draghi im Januar mit Äußerungen auf seiner Pressekonferenz für Ärger bei der deutschen Notenbank gesorgt. Der EZB-Chef hatte gesagt, dass es im Rat Einigkeit in der Einschätzung gegeben habe, dass die geldpolitischen  
40 Entscheidungen im Dezember richtig gewesen seien. Weidmann hatte bei der Sitzung im Januar kein Stimmrecht und wurde von Bundesbank-Vizepräsidentin Buch vertreten.

Trotz der höheren Inflation im Euro-Raum gilt es als unwahrscheinlich, dass die EZB  
45 ihren geldpolitischen Kurs schnell ändert. Die Mehrheit des Rats stehe hinter Draghis Politik, heißt es in Notenbankkreisen. Im März wird die EZB allerdings neue Inflationsprognosen vorlegen. Diese dürften deutlich über den Werten von Dezember liegen, weil der Ölpreis seither stark gestiegen ist. Mit einer tieferen geldpolitischen

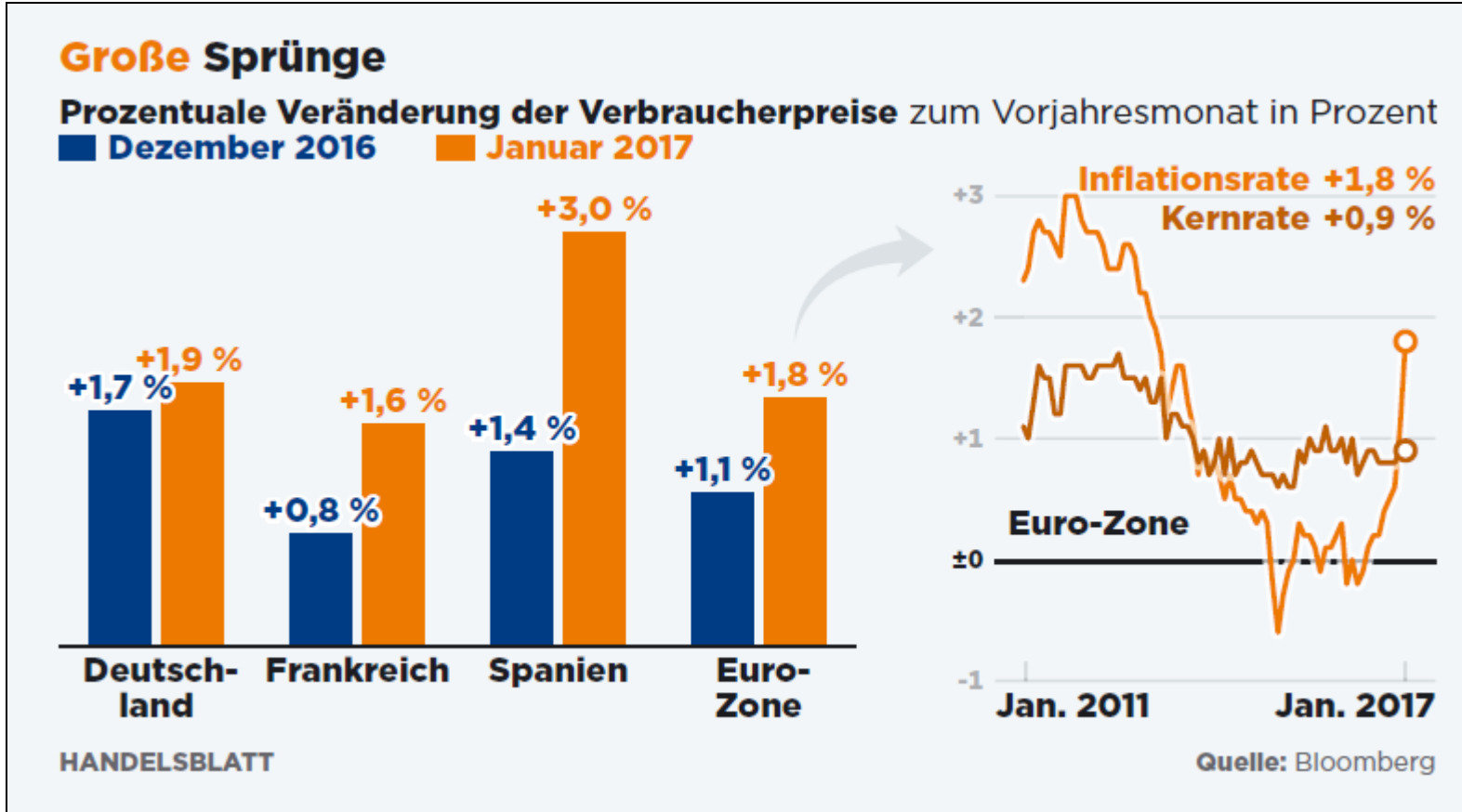
50 Debatte rechnen Beobachter dennoch erst frühestens im Juni. Kurzfristig scheint nur ein symbolisches Entgegenkommen denkbar. So hatte Draghi im Dezember und Januar betont, dass sich der Rat die Option offenhält, die Käufe im Volumen oder der Laufzeit auszuweiten, falls sich der Inflationsausblick verschlechtern sollte. Diesen Zusatz könnte er bald weglassen.

55 Entscheidend für die Frage, wann die Anleihekäufe heruntergefahren werden, ist letztlich, wie nachhaltig der derzeitige Preisanstieg wirklich ist. Bislang führten Draghi, aber auch viele andere Ökonomen, die anziehende Inflation vor allem auf den gestiegenen Ölpreis zurück. Derzeit macht sich dort sehr stark der sogenannte Basiseffekt bemerkbar. Zu Jahresbeginn 2016 war der Ölpreis unter 30 Dollar pro  
60 Barrel gerutscht - inzwischen notiert er bei rund 55 Dollar. Damit kostet Öl heute doppelt so viel wie noch vor einem Jahr, das schlägt auf die Statistiken durch. Allerdings begann der Anstieg der Ölpreise bereits im März 2016, so dass der Basiseffekt bald nachlassen müsste.

65 „Der Anstieg der Inflationsrate geht allein auf die Bewegung der Energiepreise zurück“, sagt Commerzbank-Chefvolkswirt Jörg Krämer. Im Februar könne die Inflation in der Euro-Zone sogar 2,0 Prozent erreichen. Danach aber rechnet Krämer damit, dass die Teuerung „zügig fällt“. Der Anstieg der Inflationsrate sei nicht nachhaltig. Auch Berenberg-Chefökonom Holger Schmieding sagt: „Ohne Energie  
70 und Nahrungsmittel ist der Preisauftrieb mit 0,9 Prozent heute sogar etwas geringer als vor einem Jahr.“

Andere Ökonomen sehen die anziehende Teuerung allerdings weniger entspannt. Der deutliche Preisanstieg seit Ende des vergangenen Jahres sei „kein temporäres, allein  
75 durch Ölpreise zu erklärendes Phänomen“, warnt etwa Michael Heise, Chefvolkswirt beim Versicherer Allianz. Er führt ihn vielmehr auch auf eine bessere Nachfrageentwicklung und die Abwertung des Euros zurück. „Im Jahresdurchschnitt 2017 dürfte die EZB-Zielmarke von ‚nahe zwei Prozent‘ annähernd erreicht werden“, prophezeit Heise. Auch wenn sich die Ökonomen nicht einig sind. Sicher ist: Je länger  
80 die höhere Inflation anhält, desto stärker gewinnt die Debatte um den Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik an Fahrt.

*Quelle: Streit, M./Mallien, J., Handelsblatt, Nr. 023, 01.02.2017, 28*



## Trump setzt der Opec zu

5 *Trotz der Förderkürzung des Ölkartells Ende vergangenen Jahres gibt es weiterhin zu viel Angebot auf dem Weltmarkt. Die Renaissance des amerikanischen Schieferöls nach der Wahl Donald Trumps setzt die Opec nun zusätzlich unter Druck.*

10 Es war ein Symbol der Stärke. Als sich der saudische Ölminister Khalid Al-Falih und der russische Energieminister Alexander Nowak Ende vergangenen Jahres in Wien die Hände schüttelten, sollte die Welt sehen, dass die Organisation der Erdöl exportierenden Länder (Opec) und Russland im Kampf gegen den fallenden Ölpreis trotz großer Differenzen zusammenarbeiten können. Zwei Monate später zeigt sich: Die Ölförderkürzung, auf die sich die beiden stellvertretend für sich und elf weitere Förderstaaten geeinigt haben, funktioniert nur einigermaßen.

15 Seit Januar fördert die Opec über sechs Monate lang 1,2 Millionen Barrel Öl (à 159 Liter) pro Tag weniger. Die Opec-Nicht-Mitglieder - neben Russland unter anderem Mexiko, Oman und Sudan - werden ihrerseits auf 600 000 Fass verzichten. Unabhängige Schätzungen von Reuters und Bloomberg belegen: Damit hält sich das Ölkartell lediglich zu etwa 80 Prozent an die Abmachung.

20 Mit der Amtsübernahme von Donald Trump im Weißen Haus drohen der Opec und Russland jetzt neue Probleme, denn der US-Präsident gilt als Freund der amerikanischen Schieferölunternehmen. Einem noch von Barack Obama aus Gründen des Umweltschutzes gestoppten Pipeline-Projekt hat er mit einem Dekret gleich zum  
25 Auftakt seiner vierjährigen Amtszeit grünes Licht gegeben. Experten erwarten nun eine Verschiebung der bisherigen Balance auf dem globalen Ölmarkt. „Eine liberalere Haltung, staatliches Land für Ölbohrungen zu erlauben, wird definitiv zu einer höheren Ölproduktion führen und somit den notwendigen Ölimport außerhalb der USA senken“, sagt Agnes Horváth, Chefökonomin des ungarischen Öl- und  
30 Gaskonzerns Mol.

Bereits seit Oktober vergangenen Jahres fördern die Vereinigten Staaten wieder mehr Öl, die Zahl der Bohrlöcher steigt beständig. „Ein schnelleres Wachstum der US-Schieferölproduktion würde logischerweise auch den Ölimportbedarf der USA  
35 reduzieren“, erklärt Hannes Loacker, Ölexperte der österreichischen Raiffeisenbank. Somit müssten Teile der bisherigen Ölexporte etwa aus Saudi-Arabien in die USA andere Abnehmer finden. Das zusätzliche Angebot auf dem Weltmarkt würde logischerweise Druck auf die Ölpreise ausüben.

40 Die Hoffnung mancher Opec-Staaten, wieder Preise von mehr als 100 Dollar je Barrel zu erreichen, lässt Trumps Politikwechsel somit zerplatzen. Noch von Anfang 2011 bis Mitte 2014 notierte der Ölpreis nahezu durchgehend jenseits der 100 Dollar pro Fass. „Das Wachstum von US-Schieferöl sorgt unserer Ansicht nach in naher und  
45 mittlerer Zukunft für eine Art Preisobergrenze“, sagt Loacker. Mol-Expertin Horváth erwartet wie mancher ihrer Kollegen nur noch Preise zwischen 40 und 60 Dollar pro Fass. Goldman Sachs beschrieb das als die „neue Normalität“ am Ölmarkt.

Hinzu kommt, dass die amerikanischen Schieferölproduzenten mittlerweile effizienter arbeiten. Brauchten sie im Oktober 2014 noch mehr als 1 500 Bohrlöcher, um 8,9  
50 Millionen Barrel Öl zu pumpen, benötigen sie aktuell gerade einmal ein Drittel der Bohrlöcher für dieselbe Menge. „Im zweiten Halbjahr 2017 wird die Produktion in den USA noch schneller an Fahrt aufnehmen und Opec-Ländern ihre Marktanteile streitig machen“, prognostiziert Spencer Welch, Öl-Analyst von IHS Markit in London. Derzeit deckt die Opec mit ihrer Ölproduktion noch etwa ein Drittel des  
55 weltweiten Bedarfs.

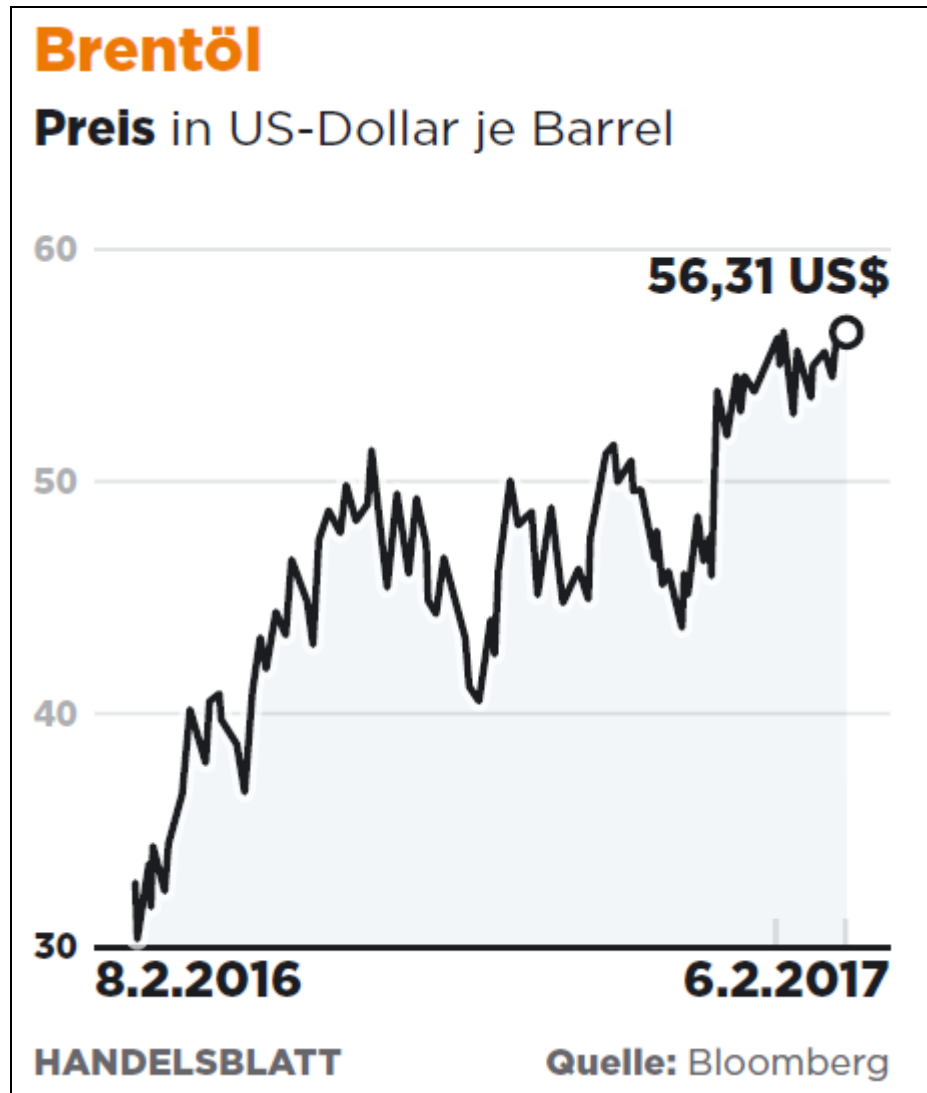
Das Ölkartell muss sich auch deshalb derzeit an kleinen Preiserfolgen erfreuen. Immerhin sind die Preise seit dem Opec-Beschluss im Dezember um mehr als ein Fünftel gestiegen und liegen derzeit konstant über 55 Dollar. Vor Trumps Amtsantritt  
60 sagte der saudische Ölminister Khalid Al-Falih noch: „Wir haben kein Problem mit dem Wachstum des amerikanischen Ölangebots, solange es mit der Nachfrage am Markt einhergeht.“ Derzeit würde das einflussreichste Mitglied in der Runde der Opec-Ölminister diesen Satz vermutlich nicht mehr sagen.

Für das in Wien ansässige Ölkartell ist die neue Ära unter Donald Trump ein Déjà-vu-Erlebnis. Denn bis Mitte 2014 sprudelte für die Opec der Reichtum im wahrsten Sinne des Wortes aus dem Boden. Doch dann überschwemmte das Öl aus den USA den Weltmarkt und schickte die Preise in den Keller. Das Angebot übertraf bei weitem die  
70 Nachfrage. Zeitweise kostete ein Fass Öl nur noch 27 Dollar.

Für die Opec-Staaten hatte das verheerende Auswirkungen: In den Staatshaushalten klaffen nun Milliardenlöcher. Um diese zu stopfen, begaben Staaten wie Kuwait und Saudi-Arabien Anleihen an den internationalen Finanzmärkten. Saudi-Arabien verpasste sich eine „Vision 2030“, um seine Abhängigkeit vom Öl zu verringern.  
75 Sogar ein kleiner Anteil des Staatskonzerns Saudi Aramco, der auf den größten Ölreserven der Welt sitzt, soll an die Börse gebracht und zu Geld gemacht werden. Das alles soll den Wirtschaftsumbau finanzieren. Doch dort ist Saudi-Arabien noch längst nicht angekommen. Über den Ölpreis bleibt das Land verwundbar. Opec-Staaten wie Venezuela stehen wirtschaftlich am Abgrund oder leiden wie Nigeria  
80 unter islamistischem Terror und Bürgerkrieg. Auch Russland braucht einen hohen Ölpreis, um wieder an wirtschaftlich erfolgreiche Zeiten anzuknüpfen. Unter Experten wächst daher die Erkenntnis, dass Moskau einer Verlängerung der Förderkürzungen mit der Opec im zweiten Halbjahr kaum zustimmen dürfte. [...]

[F]ür Europa würde ein nicht weiter steigender Ölpreis große Auswirkungen haben. Denn zuletzt war er der wichtigste Treiber für eine höhere Inflation, welche die Europäische Zentralbank sehnlichst herbeiwünscht, um die lange Niedrigzinsphase im Euro-Raum zu beenden. Das Symbol der Stärke, das die Opec noch Ende vergangenen  
85 Jahres gesendet hatte, ist schon jetzt von einer neuen Realität unter Trump überholt  
90 worden.

Quelle: Siebenhaar, H.-P./Streit, M., Handelsblatt, Nr. 027, 07.02.2017, 28



## Eugen Weinberg: „Amerika wird die Opec entmachten“

*Der Rohstoffexperte ist überzeugt, dass das Erzeugerkartell in Zukunft nicht mehr allein den Ölpreis bestimmen wird.*

5

Vom obersten Stockwerk eines Wiener Hotelhochhauses hat der leitende Rohstoffanalyst der Commerzbank einen großartigen Blick über die Donaumetropole. Einen guten Überblick braucht der Fachmann auch im Ölmarkt. Denn es stehen Umbrüche und Überraschungen bevor.

10

*Herr Weinberg, welchen Einfluss wird Donald Trump auf den globalen Ölmarkt haben?*

„America first“ heißt, dass die USA wieder ihre Rolle als weltgrößter Ölproduzent ausfüllen wollen. Die Wiederaufnahme des Genehmigungsprozesses zum Bau zweier umstrittener Ölpipelines durch Präsident Trump gleich in der ersten Woche im Amt ist dafür ein Beleg. Das wird den Transportweg von den kanadischen Ölsandfeldern und innerhalb der USA erleichtern, senkt die Produktions- und Verarbeitungskosten und steigert damit die Wettbewerbsfähigkeit der Amerikaner. Wir erwarten, dass schon bald die amerikanischen Ölexporte zunehmen werden.

20

*Was heißt das für die Opec?*

Die Amerikaner werden die Rolle des Ölkartells unterminieren. Der Strategiewechsel der Opec Ende vergangenen Jahres, die Produktion zusammen mit Russland zu drosseln, wird sich langfristig nicht auszahlen.

25

*Wer bestimmt dann künftig den Ölpreis?*

Die Opec bestimmt auf alle Fälle nicht mehr allein den Ölpreis. In Zukunft sind es vor allem auch die amerikanischen Schieferölproduzenten. Sie können ihre Produktion jederzeit und schnell an den Bedarf und an die Preise anpassen.

30

*Wie gut kommen die US-Schieferölproduzenten mit den aktuellen Ölpreisen zurecht?*

Viele Schieferölproduzenten in den USA können auch mit Preisen von unter 50 Dollar für das Barrel leben. Das ist eine bittere Erfahrung, die die Opec bereits im vergangenen Jahr machen musste. Bei solchen Preisen kann die Produktion in den USA zwar nicht ausgeweitet werden. Sie fällt allerdings auch nicht mehr. Bei den derzeitigen Preisen jenseits von 50 Dollar wird die Produktion in den USA jedoch bereits wieder ausgeweitet. Sollten wir gar Preise von 60 Dollar und mehr sehen, wird die Förderung durch die Schieferölproduzenten sogar deutlich steigen.

40

*Die Zahl der Bohrlöcher in den USA ist zuletzt stark gestiegen. Wird sich diese Entwicklung fortsetzen?*

Trotz des jüngsten Anstiegs ist die Anzahl der Bohrlöcher nicht einmal halb so hoch wie noch vor wenigen Jahren. Verglichen damit ist die Produktion zuvor kaum zurückgegangen.



45 *Warum?*

Die Produktivität ist stark gestiegen. Mit weniger Bohrungen haben es die Schieferölproduzenten geschafft, ihr Produktionsniveau zu halten und teilweise sogar zu steigern. Durch neue Technologien gelang es, die Produktivität pro Bohrloch zu verdoppeln und sogar zu verdreifachen. Wenn nun auch die Zahl der Bohrlöcher wieder steigt, sehen wir eine überproportionale Vermehrung des Ölangebots. Die meisten Opec-Länder sind hingegen nicht in der Lage, ihre Ölproduktion gegen einen möglichen Preisverfall abzusichern.

*Kommt es am Ende zu einem Bedeutungsverlust der Opec?*

55 Amerika wird die Opec entmachten. Die Opec hat bereits 2014 einsehen müssen, dass das Ölkartell nicht mehr in der Lage ist, die Preise zu kontrollieren, weil die amerikanische Ölproduktion bis dahin jedes Jahr um eine Million Barrel pro Tag gestiegen war. Dadurch gab es schon damals einen Bedeutungsverlust. Nun will die Opec der Welt nochmals zeigen, wir sind diejenigen, welche die Preise bestimmen.

60 Doch das wird ihnen misslingen. Bereits im ersten Halbjahr werden die Ölpreise durch das amerikanische Schieferöl wieder unter Druck kommen. Die Opec kann nur noch kurzfristig über eine künstliche Verknappung den Preis beeinflussen. Die Opec ist künftig nicht der Preissetzer, sondern der Preisnehmer.

65 *Quelle: Siebenhaar, H.-P., Handelsblatt, Nr. 027, 07.02.2017, 29*

## Ölkonzerne: Trügerische Zuversicht

*Nach drei Horrorjahren hoffen BP, Shell und Co. auf stabile Ölpreise und Donald Trump. Skeptiker sehen dennoch schwarz.*

5

Die Ausgangslage war desaströs, und dann hatte Bob Dudley auch noch Pech. Als der US-Südstaatler im Herbst 2010 als erster Ausländer den Vorstandsvorsitz von BP übernahm, drohte der britische Ölmulti an den Folgen einer der größten Umweltkatastrophen der Geschichte zugrunde zu gehen. Keine sechs Monate vor  
10 Dudleys Amtsantritt explodierte die Ölbohrinsel „Deepwater Horizon“. 87 Tage lang floss Erdöl in den Golf von Mexiko. Elf Arbeiter starben, etwa 600 000 Vögel verendeten, und die Strände entlang der Küste waren völlig verseucht.

BP stand vor dem Kollaps. „Der Unfall traf das Unternehmen bis ins Mark“, erklärte  
15 Dudley Anfang 2016. Doch kaum hatte er sich darangemacht, die Katastrophe aufzuarbeiten, brach auch noch der Ölpreis um teilweise 70 Prozent ein. Die Umsätze erodierten, Gewinne verwandelten sich in Verluste, und BP türmte wie der Rest der Branche Schulden auf Schulden. Nach fast sieben Jahren Dauerkrise scheint aber nun die Talsohle erreicht. Mit der Bilanz zum Geschäftsjahr 2016 will Dudley einen  
20 Schlusstrich ziehen.

„Wir haben solide Ergebnisse in einem schwierigen Umfeld erzielt“, verkündete der  
BP-Chef am Dienstag vor Analysten in London. Der 61-jährige Berufsoptimist  
25 erklärte die Leidenszeit von BP de facto für beendet. Schließlich schreibt der Konzern wieder schwarze Zahlen, meldet nach mehr als sechs Milliarden Verlust 2015 einen kleinen Gewinn von 115 Millionen Dollar. Die Ölpreise haben sich zudem stabilisiert, und das Kapitel „Deepwater Horizon“ sieht Dudley weitgehend abgehakt. BP kostet das Desaster letztlich 62,6 Milliarden Dollar. 2017 soll nun zum Jahr des Aufbruchs werden - nicht nur für BP, sondern für die ganze Branche.

30

Gerade Öl- und Gaskonzerne, die in den USA aktiv sind, strotzen neuerdings vor  
Zuversicht. Der Grund heißt Donald Trump. Der 45. Präsident der USA setzt auf  
billige, fossile Energie als Jobmotor. Per Dekret hob Trump etwa das Nein seines  
Vorgängers Barack Obama zum Bau der umstrittenen Ölpipelines Dakota Access und  
35 Keystone auf. Umweltauflagen sollen gelockert, Infrastrukturprojekte schneller genehmigt und Investitionen erleichtert werden. Shell-Chef Ben van Beurden äußerte sich dementsprechend hoffnungsfroh, dass von Trump anders als von Obama keine großen Probleme zu erwarten seien: „Er ist ganz eindeutig ein Geschäftsmann“, sagte der Shell-Chef vergangene Woche. Der britisch-niederländische Ölriese konnte seine  
40 Nettoschulden im vierten Quartal 2016 erstmals seit der Übernahme des Gasförderers BG Group im Jahr 2015 leicht reduzieren. Es drückt zwar noch ein Schuldenberg in Höhe von gut 73,3 Milliarden Dollar. Aber die Botschaft von van Beurden ist klar: Schulden runter, Gewinne rauf. „Der Ölindustrie geht es insgesamt deutlich besser als vor ein, zwei Jahren“, sagte Walter Pfeiffer, Ölexperte von Roland Berger. Er sieht  
45 erste Erfolge des Sparkurses der Firmen. In den vergangenen Jahren haben die Konzerne Mitarbeiter entlassen, Aufträge storniert und Investitionen gekürzt. Mehr als 350 000 Jobs gingen laut der Beratung Graves & Co. verloren. Nun hat sich die Situation gebessert.

50 Seitdem die Organisation der Erdöl exportierenden Länder (Opec) ihre Fördermengen kürzt, verharren die Ölpreise konstant auf einem Niveau über 50 Dollar. Die Folge: Die Industrie ist plötzlich im Kaufrausch. „Wir sehen einen starken Anstieg der Akquisitionen“, erklärt Pfeiffer. Gerade Schieferölproduzenten sind sehr begehrt. „In Amerika ist ein Übernahmefieber ausgebrochen.“

55 Auch BP plant eine milliardenschwere Investition - ausgerechnet im Golf von Mexiko. 300 Kilometer vor der Küste von New Orleans soll die schwimmende Bohrinself „Mad Dog 2“ gebaut werden. Aus bis zu 14 Bohrstellen will BP ab 2021 bis zu 140 000 Barrel Öl pro Tag pumpen. Es ist ein Mammutprojekt. BP hat dafür Kosten in Höhe von neun Milliarden Dollar veranschlagt.

60 Wenngleich sich bei den Multis noch immer fast alles ums Öl dreht, sind die Zeiten vorbei, in denen die Konzernchefs den Klimawandel abstritten. Unternehmen wie Shell investieren sogar in Windparks auf hoher See. In ihren Energieprognosen betonen BP, Exxon und Co. aber stets, dass Öl und Gas noch über Jahrzehnte  
65 gebraucht werden. Kritiker zweifeln daher, ob sich die fossilen Giganten tatsächlich zu grünen Riesen wandeln werden. Die Analysten des Londoner Grantham Institute und von Carbon Tracker warnen gar vor Verwerfungen, da die Ölkonzerne die Fortschritte bei Elektroautos und Solarenergie „anhaltend unterschätzen“. Innerhalb von zehn Jahren könnten fossile Brennstoffe zehn Prozent Marktanteil verlieren. „Das  
70 klingt vielleicht nicht viel“, schlussfolgern die Autoren der Studie, „doch kann es den Anfang vom Ende bedeuten.“ Ein solcher Rückgang habe schließlich den Zusammenbruch der US-Kohleförderung verursacht.

Die Ölkonzerne würden aber immer noch so tun, als wäre alles „business as usual“. Das werde sich rächen, glaubt auch Dieter Helm. Der Energieprofessor der Universität  
75 Oxford ist überzeugt, dass der Vormarsch der Elektroautos, der Boom grüner Energien und die Erfindung neuer Materialien, die kein Erdöl beinhalten, dazu führen werden, dass die Nachfrage nach Erdöl sinkt. „In diesem Wissen pumpen die Ölproduzenten so viel Öl wie möglich aus dem Boden, weil sie wissen, dass ihr  
80 Produkt heute mehr wert ist als in der Zukunft“, erklärt Helm. In Folge würden Überkapazitäten entstehen, und der Ölpreis werde drastisch einbrechen. „Deswegen hat das Ende der fossilen Energieträger bereits begonnen“, analysiert Helm. Die noch offene Frage sei nur, wann die Ölkonzerne untergehen würden. Den Niedergang der meisten Multis hält Helm dagegen für fast unausweichlich.

85

Quelle: Hubik, F./Leitel, K., Handelsblatt, Nr. 028, 08.02.2017, 22

## Das Geschäft mit dem Öl

Die größten Konzerne nach Börsenwert\*

<b>1</b>	<b>Exxon Mobil</b>	<b>323,9 Mrd. €</b>
<b>2</b>	Royal Dutch Shell	<b>210,6 Mrd. €</b>
<b>3</b>	Petrochina	<b>206,1 Mrd. €</b>
<b>4</b>	Chevron	<b>199,9 Mrd. €</b>
<b>5</b>	Total	<b>115,6 Mrd. €</b>
<b>6</b>	BP	<b>107,5 Mrd. €</b>
<b>7</b>	Sinopec	<b>97,0 Mrd. €</b>
<b>8</b>	Rosneft	<b>65,8 Mrd. €</b>
<b>9</b>	Petrobras	<b>60,7 Mrd. €</b>
<b>10</b>	Conoco Phillips	<b>58,1 Mrd. €</b>

HANDELSBLATT // \*Stand: 7.2.2017

Brentöl, Preis in US-Dollar je Barrel



Quelle: Bloomberg

## Eon investiert in Elektromobilität

*Die Autokonzerne fordern ein Netz von ultraschnellen Ladesäulen in Europa. Der Energiekonzern will sich dabei in großem Stil einbringen.*

5  
Ende November schlossen BMW, Daimler, Ford und Volkswagen eine überraschende Allianz für die Elektromobilität: Gemeinsam wollen die Konkurrenten den Aufbau eines Schnellladenetzes in Europa voranbringen. Jetzt kündigte der Energiekonzern Eon an, sich dabei im großen Stil einzubringen. Eon gab seinerseits am Dienstag auf  
10 der Energiemesse E-World in Essen eine strategische Partnerschaft mit dem dänischen Mobilitätsdienstleister Clever bekannt - und diese soll in die Initiative der Autokonzerne eingebracht werden. Eon und Clever wollen nach eigenen Angaben „die Errichtung von mehreren Hundert ultraschnellen Ladepunkten in Europa“ auf den Weg bringen. Die Ladestationen sollen dabei in Abständen von 120 bis 180  
15 Kilometern entlang der Autobahnen platziert werden - unter anderem in Deutschland, Skandinavien und Italien. Die erste Säule soll im dritten Quartal in Kopenhagen installiert werden.

„Wir hoffen, dass unser gemeinsamer Einsatz zum Aufbau der ersten  
20 Ladeinfrastruktur mit ultraschnellen Ladezeiten in Europa führt“, sagte Frank Meyer, der bei Eon den Bereich Innovation leitet. Eine Schnellladeinfrastruktur sei für den Durchbruch der Elektromobilität entscheidend. Die Autofahrer wollten sicher sein, dass sie mit ihren Elektroautos auch lange Strecken zurücklegen können. Das sehen auch die Autokonzerne so. Nachdem sie lange zögerten, wollen sie in den kommenden  
25 Jahren im großen Stil Elektroautos auf den Markt bringen. Damit insbesondere die deutschen Premium-Modelle attraktiv werden, müssen sich die Autos aber auch auf langen Strecken bequem und schnell laden lassen. Deshalb wollen die Konzerne in den kommenden Jahren 400 Ladestationen entlang der europäischen  
30 Hauptverkehrsachsen aufbauen - also insbesondere entlang der Autobahnen. Die Ladestationen, an denen jeweils mehrere Autos gleichzeitig geladen werden können, sollen bis zu 350 Kilowatt (KW) stark sein. Damit soll es möglich sein, Elektroautos innerhalb weniger Minuten aufzuladen. Zum Vergleich: Normale Ladesäulen mit Wechselstrom kommen auf rund 22 KW, und selbst die aktuellen Schnellladesäulen mit Gleichstrom sind nur 50 KW stark. Selbst bei den bisherigen Schnellladesäulen  
35 würde das Aufladen mehr als eine Stunde dauern.

Die Pläne von Eon und Clever passen dazu perfekt. Die beiden Partner wollen zunächst Stationen mit einer Kapazität von 150 KW aufbauen, die aber auf 350 KW nachgerüstet werden können. Selbst bei der anfänglichen Stärke lässt sich ein Auto  
40 mit einer Reichweite von 400 Kilometern in zwanzig bis 30 Minuten komplett aufladen. Clever-CEO Caspar Kirketerp-Møller wollte zwar keine konkreten Ausbau- und Investitionszahlen nennen. Er sieht aber auch einen Bedarf von 450 Stationen, die in den kommenden fünf Jahren gebaut werden müssen, um die Grundversorgung zu decken. [...] Auch Konkurrent Innogy hatte schon Interesse an dem Projekt  
45 angekündigt. Innogy-Chef Peter Terium betonte auf der E-World: „Ich bin überzeugt, dass die Elektromobilität kurz vor dem Durchbruch steht.“

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 028, 08.02.2017, 23

## Warum Kohle und Gas zurückkehrten

*In den vergangenen Wochen sicherten die klassischen Kraftwerke die Versorgung - RWE & Co. fordern jetzt eine Reform des Marktes.*

5

Der 17. Januar war für die Mitarbeiter von RWE im niedersächsischen Lingen ein Feiertag: So viel Strom wie an diesem Tag hatten sie noch nie auf einen Schlag ins Netz eingespeist. Zwischenzeitlich kletterte die Leistung auf über 3 300 Megawatt - allein in Lingen wurde damit über Stunden mehr Strom produziert als von allen  
10 Windrädern in Deutschland zusammen. Nicht nur das dortige Kernkraftwerk war konstant in Betrieb. Auch die drei mit Gas befeuerten Blöcke liefen auf Hochtouren. „Wir haben alles ans Netz gebracht, was wir haben“, berichtet Matthias Hartung. Der Chef von RWEs Kraftwerkssparte war an diesem Tag zufällig vor Ort.

15

Aber nicht nur in Lingen liefen die Anlagen unter Volllast, bundesweit waren Atom- und Gas-, aber auch Stein- und Braunkohlekraftwerke im Dauereinsatz. In der Spitze lagen an diesem Tag nach Daten des Thinktanks Agora Energiewende die konventionellen Kraftwerke mit einer Kapazität von 67 000 Megawatt am Netz - damit deckten sie den Stromverbrauch in Deutschland zu rund 90 Prozent ab. Die  
20 erneuerbaren Energien brachten es in der Spitze nicht einmal auf 15 000 Megawatt. Die installierten Windanlagen schöpften ihre Kapazität maximal zu zwölf Prozent aus, die Solaranlagen selbst in der Mittagszeit zu 14 Prozent. Die Energiewende machte am 17. Januar weitgehend Pause. Im Süden Deutschlands und in der Mitte bedeckten dichte Wolken den Himmel, und es war neblig, die Sonne kam kaum bis zu den  
25 Solardächern. Vor allem aber war es in weiten Teilen Deutschlands äußerst windstill. „Gas- und Kohlekraftwerke haben die Versorgung gesichert“, hält RWE-Manager Hartung fest.

30

Und das war in diesem Winter, speziell im Januar, an vielen Tagen der Fall. Vom 17. bis zum 25. Januar blieb der Beitrag von Wind- und Solarenergie fast konstant  
niedrig. Von einer regelrechten „Dunkelflaute“ ist seit Tagen die Rede. Die Branche debattiert über Erfolg und Misserfolg der Energiewende, vor allem aber über die aktuelle und künftige Rolle der konventionellen Kraftwerke. Deren Anteil am  
35 Strommarkt sinkt zwar kontinuierlich. Im vergangenen Jahr deckten die erneuerbaren Energien, die per Gesetz vorrangig ins Netz eingespeist werden, schon fast ein Drittel des Strombedarfs. Kohle- und Gaskraftwerke werden zunehmend aus dem Markt gedrängt. Es gibt aber eben auch Tage - wie im Januar - , an denen Wind- und Solarenergie witterungsbedingt zu einem großen Teil ausfallen - und dann müssen die konventionellen Kraftwerke bereitstehen.

40

„Wir können davon ausgehen, dass ein fossiles Back-up noch einige Jahrzehnte notwendig ist“, sagt Norbert Schwieters, der bei der Beratungsgesellschaft PwC den Energiebereich leitet. Denn der Stromverbrauch wird steigen, wenn auch Heizung und Verkehr verstärkt auf Elektrizität umgestellt werden, um die vereinbarten  
45 Klimaschutzziele zu erreichen. Aber wie lässt sich das auch langfristig gewährleisten? Bei den aktuellen Strompreisen im Großhandel rechnen sich Kohle- und vor allem Gasanlagen kaum noch.

50 Am 17. Januar war der Betrieb des Gaskraftwerks Lingen zwar über Stunden mehr als  
auskömmlich. In der Spitze kletterte der Strompreis am Spotmarkt sogar auf über 143  
Euro je Megawattstunde. Der Alltag sieht aber anders aus. Im langfristigen  
Terminmarkt kostet eine Megawattstunde für die Grundlast aktuell weniger als 30  
Euro, und selbst für die Spitzenlast, also die Stunden mit besonders hohem Verbrauch,  
55 sind es nur 36 bis 38 Euro. Damit lassen sich in einem Gaskraftwerk nicht einmal die  
Betriebskosten decken. 2010, als in Lingen Block Din Betrieb ging, kostete Strom in  
der Spitzenlast noch häufig mehr als 60 Euro. Die Anlage war eigentlich perfekt auf  
die Energiewende ausgerichtet. Der Ausstoß des klimaschädlichen CO<sub>2</sub> ist gering,  
und die Anlage lässt sich schnell und flexibel anfahren, um Schwankungen im  
Angebot von Wind- und Solarenergie abzufangen.

60 Tatsächlich wird dem Block, der rund 500 Millionen Euro kostete, aber die  
Energiewende zunehmend zum Verhängnis. Die Spitzenzeiten deckt immer häufiger  
die Solarenergie ab. Speziell in den Sommermonaten ist das Angebot an erneuerbaren  
Energien zeitweise so stark, dass Gasanlagen mit ihren vergleichsweise hohen  
65 Brennstoffkosten keine Chancen haben. Im vergangenen Jahr war Block Dan 165  
Tagen überhaupt nicht in Betrieb und an vielen anderen Tagen nur für wenige  
Stunden. Im Sommer 2014 hatte RWE die Gaskraftwerke am Standort Lingen sogar  
einmal für mehrere Monate komplett eingemottet. „Auf Dauer lässt sich so kein Geld  
verdienen“, sagt RWE-Manager Hartung. Die aktuellen Großhandelsstrompreise seien  
70 „zum Sterben zu viel, zum Leben aber zu wenig“. Und nach seinen Worten wird es  
immer schwieriger: „Je mehr Wind- und Solarenergie ausgebaut wird, umso weniger  
Stunden werden Kohle- und Gaskraftwerke am Netz sein. Es wird also immer teurer,  
die Anlagen als Back-up bereitzuhalten.“

75 Der Chef von RWEs Kraftwerkssparte sieht wie viele andere Kraftwerksbetreiber in  
der zugespitzten Lage im Januar, die Netzbetreiber wie Amprion als „angespannt“  
bezeichnen, einen Weckruf. „Das zeigt, dass wir auf Sicht nicht an einem  
Kapazitätsmarkt vorbeikommen“, sagt Hartung. In einem solchen Modell bieten  
Kraftwerksbetreiber ihre Anlagen in einer Auktion als Reservekapazität an, um  
80 Schwankungen im Stromangebot abzufangen - und erhalten allein für das Bereithalten  
eine Vergütung.

In Großbritannien gibt es einen solchen Kapazitätsmarkt. In Deutschland hat sich die  
Bundesregierung trotz der Lobbyarbeit von RWE & Co. aber dagegen entschieden.  
85 Stattdessen wurde ein komplexes System an Notreserven eingeführt. Die  
Bundesnetzagentur definiert gemeinsam mit den großen Netzbetreibern, wie viele und  
welche Kraftwerke systemrelevant sind und vor allem im Winter, wenn die Lage  
besonders kritisch ist, bereitgehalten werden. In einzelnen Fällen kann die Behörde  
auch gegen den Willen eines Betreibers eine Stilllegung verhindern. Beim  
90 Gaskraftwerk im bayerischen Irsching war das der Fall.

Für RWE-Manager Hartung ist das aber „regulatorische Flickschusterei“. Es gebe  
keinen Grund, „in den Erhalt der Anlagen zu investieren, geschweige denn in neue  
Kraftwerke“. In der Branche erhält Hartung viel Unterstützung. „Wir brauchen  
95 Rahmenbedingungen, wie wir konventionelle Kraftwerke auch langfristig wieder ins  
Geld bekommen“, forderte Johannes Kempmann, der Präsident des Bundesverbands

der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), auf der Messe E-World in Essen:  
„Momentan haben wir noch genug Kraftwerke, aber wie sieht das 2022, 2023 oder  
2024 aus?“ Dann ist der Atomausstieg vollzogen.

100

NRW-Umweltminister Johannes Rammel wollte sich auf der E-World zwar nicht  
direkt der Forderung nach einem Kapazitätsmarkt anschließen. Aber auch der Grünen-  
Politiker räumte ein, dass selbst neue Kraftwerke derzeit kein Geld verdienen. Die  
Rahmenbedingungen seien nicht geeignet, dass die Unternehmen in neue Kapazitäten  
105 investieren könnten. „Ich gehe jede Wette ein, dass das Thema Kapazitätsmärkte nach  
der Bundestagswahl wieder auf die Tagesordnung kommt“, ist BDEW-Präsident  
Kempmann jedenfalls überzeugt.

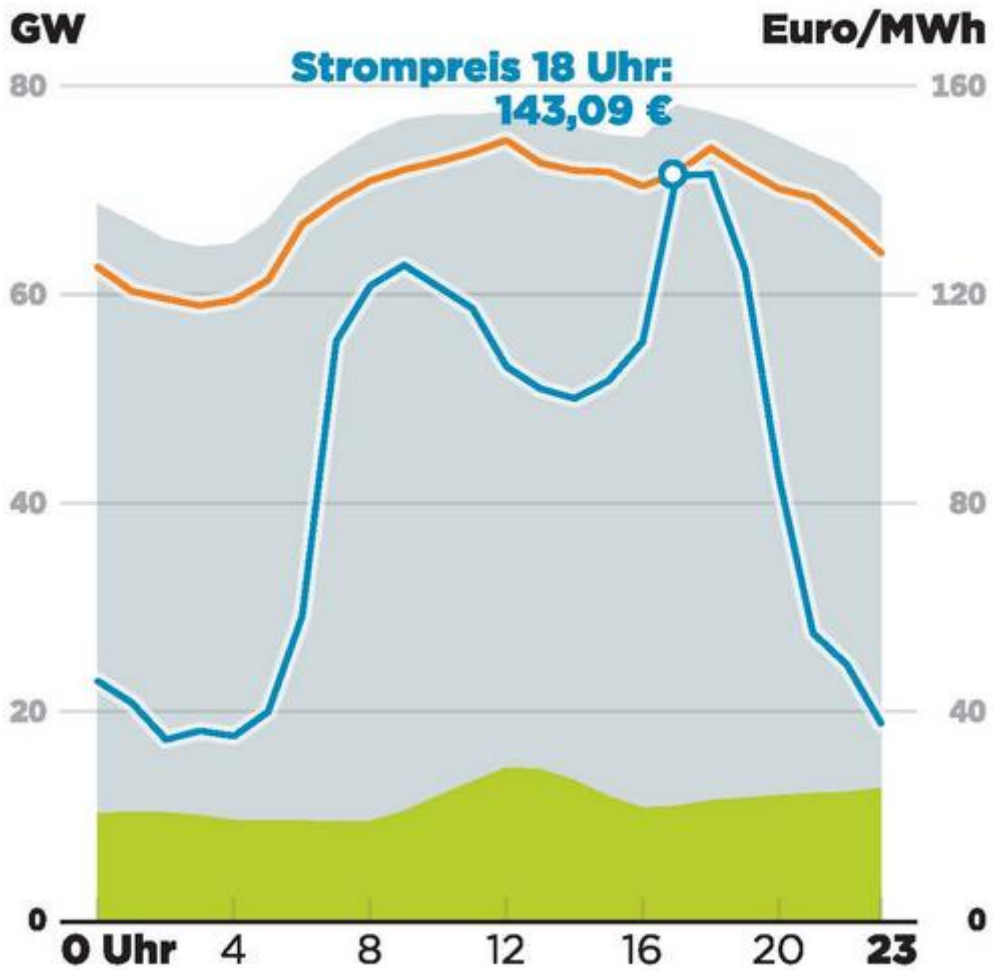
*Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 029, 09.02.2017, 20*



## Kraftwerke auf Hochtouren

**17. Januar 2017:** Stromverbrauch und Stromproduktion in Gigawatt, Strompreis in Euro/MWh

■ Konventionelle Produktion  
■ Produktion mit erneuerbaren Energien  
— Verbrauch — Preis



HANDELSBLATT

Quelle: Agora Energiewende

Handelsblatt Nr. 029 vom 09.02.2017

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de).